



Zur Biodiversitätsinitiative sagt Michael Hermann, die Umweltverbände hätten «ein klassisches Eigengol geschossen». Foto: Urs Jaudas

«Die Vorlage war von Anfang an zum Scheitern verurteilt»

Expertenbilanz Verändert sich in der Schweizer Bevölkerung gerade etwas? Politgeograf Michael Hermann ordnet das Nein zur BVG-Reform und zur Biodiversitätsinitiative ein.

Stefan Häne

Das Nein zur BVG-Reform ist der zweite sozialpolitische Abstimmungserfolg für die Linke in diesem Jahr. Mit der Biodiversitätsinitiative dagegen verliert sie ein weiteres Mal gegen die Bauern.

Herr Hermann, das Stimmvolk lehnt die BVG-Reform klar ab. Ist das nun in erster Linie ein Sieg für die Linke oder eine Niederlage für die Bürgerlichen?
Die 13. AHV-Rente war klar ein Sieg für die Linke. Und auch jetzt ist es einer. Aber: Dieses Nein ist vor allem eine Niederlage für die Bürgerlichen. Sie haben es nicht geschafft, die Bevölkerung von ihrer Vorlage zu überzeugen.

Überrascht das wuchtige Nein?
Nein. Schon im letzten Jahr zeigte eine Umfrage von uns genau diese Widerstände und einen ähnlich hohen Nein-Anteil. Die BVG-Vorlage war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Warum?
Die Mitte-rechts-Mehrheit im Parlament baute sie mit dem Ziel, die Linke ins Boot zu holen, und ging Kompromisse ein, etwa beim Koordinationsabzug und den Kompensationen. Doch das linke Lager biss nicht an und stellte sich fundamental dagegen. Zugleich verlor man damit neben den konservativen Reformgegnern auch einen Teil des liberalen Lagers. Der Vorlage schlug Skepsis von fast allen Seiten entgegen.

Nach der 13. AHV-Rente gewinnt die Linke erneut eine sozialpolitische Vorlage. Ist das ein neues Muster?
Nein. Das Ja zur 13. AHV-Rente war historisch. Erstmals über-

haupt sprach sich das Stimmvolk via Volksinitiative für einen Ausbau der Sozialleistungen aus. Der Entscheid vom Sonntag dagegen steht in der Tradition, dass es sozialpolitische Reformen in der Schweiz sehr schwer haben.

Wird so die direkte Demokratie zum Problem?
So würde ich es nicht sagen. Aber die hohen Reformhürden sind zweifellos eine Schwachstelle. Nur in einer direkten Demokratie muss ein Gesetzesprojekt so austariert werden, dass es auch im Volk eine Mehrheit findet. Das Parlament muss also in gewissem Mass antizipieren, was mehrheitsfähig sein könnte. Dazu kommen die Interessenverbände, die ihre Bedürfnisse aufgrund des Milizsystems in jedes Gesetz lobbyieren können, sowie die Verwaltung, die nochmals andere Interessen hat. Unter dem Strich entsteht so ein Murks, der auf viele Seiten hin Angriffsflächen bietet.

«Es lohnt sich, einfach gebaute Geschäfte zur Abstimmung zu bringen.»

Vor einem halben Jahr schrieben Sie, das Jahr 2024 könnte als Wendepunkt in die Geschichte der Schweizer Sozialpolitik eingehen. Sehen Sie das noch immer so?
Nein, im Juni hat das Stimmvolk die Prämienentlastungsinitiative ziemlich klar verworfen. Man kann heute also sagen: Die Bevölkerung ist gegenüber Staatsinterventionen weniger kritisch

eingestellt, aber eine breite Sympathie für linke Umverteilungsanliegen fehlt nach wie vor.

Die BVG-Reform war technisch komplex. Überfordert so eine Vorlage die direkte Demokratie?
Ja, aber das gehört dazu. Hätten wir eine rein repräsentative Demokratie, liessen sich in der Schweiz sozialpolitische Reformen leichter durchsetzen.

Müsste man die direkte Demokratie beschneiden?
Nein. Dass man fast keine Reformen durchbringt, ist der Preis der direkten Demokratie. Aber: Das System ist ein grosser Vertrauensbeweis an die Bevölkerung. Und sie zahlt es zurück in Form von Vertrauen in die Institutionen und indem sie im Alltag für und nicht gegen das System arbeitet.

Welche Lehren muss man aus der Abstimmung ziehen?
Es lohnt sich, einfach gebaute und erklärbare Geschäfte zur Abstimmung zu bringen. So sehr die Initiative zur 13. AHV-Rente fast nicht zu verlieren war, so sehr war die BVG-Reform wegen ihrer Komplexität von Beginn an verloren.

Eine wichtige Rolle spielte die SVP-Basis. Gemäss Umfragen wollte eine Mehrheit die Vorlage ablehnen. Muss die Parteileitung über die Bücher?
Nein. Bei den Kernthemen der SVP wie der Migration steht die Basis voll hinter der Parteileitung.

Trotzdem: Haben wir in der Parteienlandschaft eine Repräsentationslücke?
Wir hätten eine, wenn wir wie etwa in Deutschland nur Wahlen hätten. Indem die Bevölkerung hier aber auch über Sachfragen

direkt abstimmen kann, wird diese Lücke gefüllt. Man kann für die SVP sein und sich trotzdem gegen die BVG-Reform aussprechen.

Doch auf Kantonsebene gibt es Parteien, die migrationskritisch sind und einen Ausbau des Sozialstaates fordern, der MCG in Genf oder die Lega im Tessin.
Solange diese Bewegungen kantonale Phänomene bleiben, muss sich die SVP nicht fürchten.

Braucht die Schweiz eine Sahara Wagenknecht, die einen linkskonservativen Kurs fährt?
Deutschland hat eine andere Ausgangslage als die Schweiz. Namentlich in Ostdeutschland ist der Unmut in der Bevölkerung grösser als hier, und es gibt auch keine Volksabstimmungen, die wie ein Ventil wirken. In der Schweiz ist es also viel schwieriger, eine neue Partei zu gründen.

Die Linke hat gestern bei der Biodiversitätsinitiative auch verloren. Was macht sie falsch?
Die Biodiversitätsinitiative war im Kern eine Initiative für mehr Heimatschutz. Die Initianten wollten in der Bevölkerung konservative Reflexe aktivieren und so an die Erfolge der Alpen- und Rotherthurm-Initiative anknüpfen. Aber die Konservativen haben sich mit den Bauern solidarisiert. Und auf der Seite von Mitte-links gab es Bedenken, dass die Initiative den forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien bremsen könnte.

Das wuchtige Nein dürfte jenen Kräften helfen, die den Biodiversitätsschutz nun zurückfahren wollen.
Ja, die Umweltverbände haben ein klassisches Eigengol geschossen.

Selbst bei den Bürgerlichen fiel die BVG-Reform durch

Nachbefragung Wähler der SVP, der FDP und der Mitte haben die Vorlage abgelehnt.

Das muss den Befürwortern der BVG-Reform zu denken geben: Sie haben nicht einmal die Basis von SVP, FDP und Mitte überzeugen können. Am extremsten manifestiert sich dies bei der SVP: Unter ihren Wählerinnen und Wählern haben 70 Prozent Nein gestimmt, wie eine Nachbefragung von Tamedia und «20 Minuten» ergeben hat.

Dies ist nicht nur eine Klatsche für die Befürworter, sondern auch für die SVP-Spitze, die für ein Ja getrommelt hat. Im August hatten sich die SVP-Delegierten noch mit 174 zu 37 Stimmen klar für die BVG-Reform ausgesprochen. Dort war Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard mit seinen Gegenargumenten unterlegen. Nun kann er aber nach der 13. AHV-Rente einen zweiten grossen sozialpolitischen Sieg feiern. Auch dank der SVP-Basis. Einmal mehr zeigt sich, dass diese sozialpolitisch anders tickt als ihre Vertreterinnen und Vertreter.

Auch die Mitte-Basis ist ihrer Parteispitze nicht gefolgt. Vielmehr stimmte sie zu fast zwei Dritteln gegen die Rentenreform. Selbst bei der FDP hat laut unserer Nachbefragung eine Mehrheit ein Nein eingelegt. Wobei diese 53 Prozent mit Vorsicht zu geniessen sind, weil der Fehlerbereich bei einzelnen Parteien bis zu fünf Prozentpunkte betragen kann.

Einzig die GLP-Wählenden stimmten mehrheitlich zu – allerdings nur sehr knapp mit 51 Prozent, was ebenfalls im Fehlerbereich liegt. «Offensichtlich ist es den Befürwortern nicht gelungen, die Leute von der Notwendigkeit der Reform zu überzeugen – weder links noch rechts», sagt Politologe Fabio Wasserfallen, der die Nachbefragung mit seiner Firma Leewas durchgeführt hat.

Frauen lehnten Reform ab

Im Abstimmungskampf hatte der Arbeitgeberverband versprochen: «Es gibt mehr Rente für tiefe Einkommen und viele Frauen.» Doch die Botschaft kam beim Zielpublikum nicht wirklich an – trotz der gut drei Millionen Franken, welche die Befürworter in den Abstimmungskampf stecken konnten.

Sowohl die Frauen als auch die Schlechtverdienenden hörten eher auf die Gewerkschaften. Und die warnten vor: «Mehr bezahlen – weniger Rente». Nun zeigt sich, dass die Reform bei den Frauen noch deutlicher durchfiel als bei den Männern.

Interessant ist auch ein Blick auf die Einkommensklassen: Unter jenen, die monatlich weniger als 10'000 Franken verdienen, haben nur 30 Prozent ein Ja eingelegt. Gemäss unserer Nachbefragung fürchteten die Schlechtverdiener vor allem die höheren Lohnabzüge – noch mehr als die Rentenreduktion aufgrund des sinkenden Umwandlungssatzes. Besser kam die Reform bei den Grossverdienern mit einem Monatslohn von über 16'000 Franken an. Unter ihnen stimmten immerhin 47 Prozent dafür.

Besonders gross war dagegen die Ablehnung bei den 50- bis 64-Jährigen – also bei jenen, die in nächster Zeit pensioniert werden. Unter ihnen votierten über 70 Prozent dagegen.

Die Jüngeren hingegen waren der Reform wohlgesinnter, wo-

Wer wie abgestimmt hat

Angaben in % ■ Ja ■ Nein

«Haben Sie für die BVG-Reform gestimmt?»

Nach Parteipräferenz		
SP	16	84
Grüne	26	74
SVP	30	70
Mitte	36	64
FDP	47	53
GLP	51	49
Nach Geschlecht		
Frauen	29	71
Männer	37	63
Nach Haushalteinkommen (in Tausend Fr./Monat)		
<4	31	69
4–7	30	70
7–10	30	70
10–13	36	64
13–16	38	62
>16	47	53
Nach Alter		
18–34	41	59
35–49	32	68
50–64	27	73
ab 65	33	67

«Haben Sie für die Biodiversitätsinitiative gestimmt?»

Nach Parteipräferenz		
SVP	14	86
FDP	19	81
Mitte	23	77
GLP	56	44
SP	64	36
Grüne	81	19
Nach Wohnort		
Land	31	69
Agglo	37	63
Stadt	48	52
Nach Geschlecht		
Männer	34	66
Frauen	40	60

Gratik, is, mru / Quelle: «20 Minuten»/Tamedia-Umfrage in Zusammenarbeit mit dem Institut Leewas, total 19'552 modellierte Antworten, max. Stichprobenfehlerbereich: +/- 2 bis 7 Prozentpunkte.

bei es auch dort nicht für eine Ja-Mehrheit reichte.

Parteirollen funktionierten

Anders als bei der BVG-Reform stimmten bei der Biodiversitätsinitiative die meisten so, wie es ihre Lieblingspartei empfohlen hatte: die Linken und die Grünliberalen dafür, die Bürgerlichen dagegen. Nicht einmal ein Viertel der SVP-, FDP- und Mitte-Wählenden mochte ein Ja einlegen.

Vor allem auf dem Land hatte es die Biodiversitätsinitiative schwer. Hier votierten 69 Prozent dagegen. Deutlich besser kam sie in den Städten an. Unsere Nachbefragung ergab aber auch dort eine knappe Nein-Mehrheit, wobei die 52 Prozent im Fehlerbereich liegen. Interessant ist schliesslich auch bei dieser Vorlage die Differenz zwischen den Geschlechtern. Während die Männer die Biodiversitätsinitiative mit 66 Prozent klar ablehnten, waren es bei den Frauen mit 60 Prozent weniger.

Iwan Städler